

Europa in sozialwissenschaftlicher Perspektive

Brosziewski, Achim

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Brosziewski, A. (1993). Europa in sozialwissenschaftlicher Perspektive. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 45(1), 179-183. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-39366>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

ten. Die Produktion aussagefähiger Poster ist möglicherweise ressourcenintensiver als die Vorbereitung eines guten Vortrags – so daß gerade bei den Postersessions jüngere Wissenschaftler an Universitäten Nachteile gegenüber Großprojekten oder ganzen Abteilungen nichtuniversitärer Institute haben.

Wie immer nützlich waren die vielen Informationsstände der sozialwissenschaftlichen Infrastruktureinrichtungen und der Verlage. Diese Informationsstände haben sich mittlerweile geradezu zu kommunikativen Zentren der Veranstaltung entwickelt. Bei den Infrastruktureinrichtungen bleibt zu hoffen, daß die von Soziologentag zu Soziologentag zunehmende technische Qualität der Stände und der verteilten Informationsmaterialien nicht auf Kosten der qualifizierten fachlichen Beratung gehen wird.

Peter H. Hartmann

*

Europa in sozialwissenschaftlicher Perspektive

„Was meint Europa?“ war eine der Fragen, die die Organisatoren des Kongresses den Teilnehmern mit auf den Weg durch die Veranstaltungen gegeben hatten. Als Soziologe ist man sich (irgendwie) sicher, daß die Soziologie als die Wissenschaft von den sozialen Verflechtungen etwas zu den gewaltigen Spannungen zu sagen hat, die sich dem Beobachter des Zeitgeschehens auf dem für die Weltgeschichte so zentralen Kontinent genannt „Europa“ zeigen. Ungewiß erscheint hingegen, wie denn die Profession auf solche Herausforderungen zu reagieren imstande ist. Eröffnet die soziologische Reflexion Perspektiven, die über die Grenzen des Faches selbst vermittelbar sind, die – denkt man an das Kongreßthema – anknüpfen können an „Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa“?

Diese Fragestellung sollte mich durch das überreiche Angebot an Veranstaltungen in Düsseldorf leiten. Vielleicht ein Eindruck schon vorweg. Die Dramatik der aktuellen Konflikte scheint in der Profession zumindest eines bewirkt zu haben: Der Rückzug auf „reine Theorie“ ist ungläubwürdiger geworden, findet angesichts der realen Konfliktlagen auch bei Soziologen selbst immer weniger Resonanz. Die Sozialwissenschaften stehen sicht-

lich unter dem Druck, problembezogen zu arbeiten.

M. Rainer Lepsius ist in seinem Eröffnungsvortrag zum Thema „Europa nach dem Ende zweier Diktaturen“ der Frage nachgegangen, wie man ohne die stark hierarchischen Herrschaftsformen der Diktaturen, wie sie sich im Dritten Reich und im Ostblock aufgebaut hatten, mit den vielfältigen sozialen Interessenlagen umgehen kann. Die heutige liberale Demokratie und die mit ihr verwobene marktwirtschaftliche Ordnung gründen auf einem vielschichtigen Geflecht von Interessenbündelungs- und Aushandlungssystemen. Die Geschichte und damit die Entwicklung solcher institutionalisierter Mechanismen reicht weit in die europäische Vergangenheit zurück, bis zum Investurstreit und den nachfolgenden Auseinandersetzungen um Glauben, Herrschaft und Verfügungsmacht. Im Gegensatz hierzu, so Lepsius weiter, seien die bislang von kommunistischer Diktatur zwangsweise unterdrückten Interessen in den ost- und mitteleuropäischen Ländern unterorganisiert. Fraglich ist, ob das sich institutionell derzeit weiter differenzierende West-Europa (Stichworte: Maastricht, Wirtschafts- und Währungsunion) für die anstehenden Institutionalisierungsprozesse seiner östlichen Nachbarn ein stabilisierender externer Faktor werden kann.

Rudolf Andorka, Soziologe und Rektor der Universität Budapest, gab in seinem Referat auf der Eröffnungsveranstaltung deutlich der Enttäuschung Ausdruck, den der Umbruch in Mittel- und Osteuropa auch für die dort ansässigen Sozialwissenschaftler selbst bedeutete. Niemand, weder die osteuropäischen, noch die westlichen Sozialwissenschaftler, hätten diesen Umbruch vorhergesehen oder – als er sich anbahnte – dessen Dramatik angemessen eingeschätzt. Dies sollte Skepsis einer jedweden Prophezeiung oder Prognose gegenüber lehren. Der konkrete Ablauf geschichtlicher Prozesse sei einfach nicht vorhersagbar. Die Potentiale einer durch solche Skepsis geläuterten Sozialwissenschaft müssen jedoch erst noch aufgebaut werden.

Claus Offe betonte in seiner Abendvorlesung „Von der DDR zu den neuen Bundesländern“ die Neuheit und Einmaligkeit der aktuellen Problemlagen. Es sei verfehlt, die zu beobachtenden Prozesse in Ost- und Mitteleuropa als eine „nachholende Modernisierung“ zu

bezeichnen. Bei der Untersuchung von „Gemeinsamkeiten und Differenzen zum Strukturwandel in Ost- und Südeuropa“ gelangte er zu dem Schluß, daß weniger die vor dem Umbruch geltenden sozioökonomischen oder auch die nationenbildenden Merkmale die Unterschiede der Entwicklungspfade der einzelnen Staaten signifikant beschreiben können. Vielmehr sei eindeutig die DDR als Sonderfall allen anderen Staaten der Region gegenüberzustellen. Der ost- und mitteleuropäischen Region werden Institutionen oktroyiert – und die DDR sei, wegen ihrer kompletten Vereinnahmung durch und „Integration“ in das westdeutsche Institutionensystem, hierfür das drastischste und daher das prototypische Beispiel. Die Erfolge und auch die Mißerfolge dieses bislang einmaligen sozialen Experimentes werden auf das soziale Klima in den übrigen Staaten ausstrahlen, er- oder auch entmutigend wirken.

Jenseits der Analyse politischer Großereignisse widmete sich die Ad hoc-Gruppe „Soziologie der Zeit“ einer theoretisch sehr anspruchsvollen Aufgabe. Sie wollte – aus unterschiedlicher theoretischer Richtung und mit diversen konkreten Forschungsinteressen – die Zeit-Implikationen soziologischer Konzepte ausformulieren. Das „Problem der Generationen“ (Karl Mannheim) wurde von Kurt Lüscher aufgegriffen. Er schlägt vor, die Generationenbeziehungen auch auf die Frage hin zu untersuchen, welche unterschiedlichen Zeitvorstellungen als „soziale Tatsachen“ die heutige Gesellschaft prägen. Ursula Pasero bediente sich eines konstruktivistisch-systemtheoretischen Ansatzes, um in Bezug zur Zeitsemantik das Anschauungsmodell der Bewegung überwinden zu können. Stärker empirisch orientiert wurden einerseits das Konzept „Lebensstil“ von Matthias Michailow, andererseits das Konzept „Lebensführung“ von Karin Jurczyk auf die jeweiligen Zeitimplikationen untersucht. Das Problem der Zeit zeigt sich in beiden Ansätzen vor allem als Applikationschance und -zwang von Akteuren, die über ihre Zeit verfügen können oder aber sie als fremdbestimmt erleben müssen. Hier läßt sich anhand der Dimension Zeit ohne weiteres anknüpfen an Fragen der sozialen Ungleichheit (Stichwort: Zeitwohlstand), des sozialen Wandels und auch allgemeinerer Gesellschaftsanalysen (Ökonomie und Zeit, „Beschleunigung“ im Sozialen). Ein Beispiel solch eines gesellschaftsanalytischen Zugriffs unter

Verwendung dezidiert zeitbezogener Konzeptualisierungen lieferte Thomas Eberle, der sich den „Verheißungen der Dienstleistungsgesellschaft“ (Peter Gross) zuwandte. Dienstleistungen – so sein Hauptargument – werden zu meist unbesehen als „ökonomisches Gut“ betrachtet, analytisch wird dementsprechend analog zu materiellen Gütern verfahren. So ginge der Theorie ein wichtiger Aspekt verloren: daß ein großer Anteil der Dienstleistungen einer spezifischen und von anderen Güterarten sehr differenten Verzeitlichung von Produktion und Konsumtion unterliegen. Viele personenbezogene Dienstleistungen (Frisur, ärztliche Behandlung, therapeutische Beratung, Unterricht u.a.m.) folgen dem uno-actu-Prinzip: Produktion und Konsumtion finden zeitgleich und in leiblicher Präsenz von Anbieter und Nachfrager statt. Von den Theoretikern der Dienstleistungsgesellschaft wurde dies als „Hort der Zwischenmenschlichkeit“ begrüßt. Bedenkt man jedoch, daß alle Interaktionssituationen von den Akteuren gemäß spezifischer Rahmungen (Goffman) interpretiert und ausgestaltet werden, so ist laut Eberle dieser Hoffnung mit einer gewissen Skepsis zu begegnen. Viele der genannten Verrichtungen wurden vormals in nicht-kommerzialisierten Kontexten ausgeübt, im Kontext des Dienstleistungsbetriebes sind ihnen die Temporalstrukturen von Wirtschaft und Verwaltung auferlegt. Die Diskussion der Referate offenbarte, daß soziologische Zeitforschung bislang nur einen kleinsten gemeinsamen Nenner aufzuweisen hat: daß Zeit sinnvoll unter dem Aspekt sozialer Konstruiertheit betrachtet werden kann. Jeder Versuch einer weitergehenden Spezifikation erzeugt jedoch derzeit noch mehr Heterogenität als Informationsgewinn.

Nahe am Thema „Europa“ zeigte sich das Plenum „Soziale Bewegungen und Öffentlichkeit“, das federführend von der fast gleichnamigen Abteilung des Wissenschaftszentrums Berlin gestaltet wurde. Friedhelm Neidhardt gab in seiner Einleitung den Horizont der Fragestellungen vor. Institutionen erlangten ihre selbstverständliche Geltung durch das, wofür sie stehen. Die EG und die mit ihr verbundenen Regelwerke seien weitgehend „Kopfgelburten“ von Politikern und Wirtschaftsleuten. Ist die Vermittlung der entstehenden supranationalen Institutionen nur eine Frage geschickter „PR“, eine neue Form von „Sozialkunde“? Die Zentralen der politischen Entscheidungen

entfernen sich mit ihrer Verlagerung nach Brüssel weiter von den Gestaltungsräumen der Menschen. Es bedarf vermittelnder Instanzen zwischen Entscheidern und von den Entscheidungen Betroffenen. Eine der bedeutendsten dieser vermittelnden Instanzen ist das, was man mit „Öffentlichkeit“ bezeichnet. In der Öffentlichkeit wird um Aufmerksamkeit und Unterstützung für eigene Anliegen konkurriert. Was weiß man bislang über die Bedingungen der Prozesse, die sich hierbei abspielen? Konkret auf Europa bezogen: Ist das bisherige Fehlen einer „europäischen Öffentlichkeit“ als ein transitorisches oder als ein strukturelles Phänomen zu verstehen? Die nachfolgenden Beiträge von Karl-Werner Brand, Jürgen Gerhards, Dieter Rucht und Hanspeter Kriesi verstärkten immer weiter einen durchgängigen Eindruck: Man wird die Aufmerksamkeit mehr auf Teil-Öffentlichkeiten und deren Konstitutionsbedingungen richten müssen. Diesen Aspekt betonte vor allem Hanspeter Kriesi, der einer Frage nachging, die bereits Rainer Lepsius in seinem Eröffnungsvortrag aufgeworfen hatte: Kann die Schweiz in bestimmter Hinsicht vielleicht als ein Modell für ein künftiges Europa angesehen werden? In der Schweiz, erläuterte Kriesi, seien Gruppierungen institutionell zu integrieren, die in vier Sprachregionen und in mehr als zwanzig politisch sehr eigenständigen Kantonen lebten. Massenmediale Öffentlichkeit ist unter diesen Rahmenbedingungen nicht als eine Gesamtoffenlichkeit zu denken, sie bildet vielmehr durch die Sprachgrenzen recht deutlich konturierte Teil-Öffentlichkeiten. Interessant sind vor allem die Mechanismen, vermittels derer diese Teil-Öffentlichkeiten in Beziehung zueinander stehen. Kriesi unterscheidet hier eine horizontale von einer vertikalen Integration. Horizontal wird sphärenübergreifende Kommunikation durch Personenkreise hergestellt, die spezifisch an wechselseitigen Beobachtungen der Meinungsbildungsprozesse interessiert sind. So gibt es beispielsweise ein regelrechtes innerschweizerisches Korrespondentensystem. Darüber hinaus ist an die Eliten zu denken, die durch ihre Positionen etwa in Verbänden, großen Unternehmen und auch in der Armee an regionenübergreifendem Informationsaustausch beteiligt sind. Vertikal werden die Meinungsbildungsprozesse dann integriert, wenn die verschiedenen Teil-Öffentlichkeiten zeitgleich den Fokus auf bundesweite Angelegenheiten

und Entscheidungen richten. Eine „Gesamtoffenlichkeit“, gar eine gesamteuropäische, ist nicht zu erwarten, läßt sich auch nicht aus wie immer strukturierten, für die Menschen selbst abstrakten „Betroffenheiten“ demokratie- oder wirtschaftstheoretischer Art ableiten. Sprachlich-kulturelle Gegebenheiten sind der Mobilisierbarkeit eines Publikums für ein Thema oder für Themenkomplexe vorgelagert. Dies betonte vor allem Klaus Eder in seinem Versuch einer Bewertung und Kritik. Öffentlichkeit sei stets auf ein Publikum hin zu denken, auf ein „bewegbares Publikum“. „Europa“ wird – einem ehernen journalistischen Gesetz folgend – erst dann ein gesamteuropäisches Publikum mobilisieren, wenn es „bad news“ produziere.

Eingedenk der eigenen Leitfrage nach dem Gehalt soziologischer Perspektiven auf „Europa“, welcher Gesamteindruck bleibt haften? Nicht nur vom Referierten, sondern auch von all dem Gehörten und Geschauten (Büchertische, Poster, Ausstellungen etc.) in den Gängen und Sälen, das hier nicht beschrieben werden konnte? Der Versuch solch einer Einschätzung – höchst subjektiv, die Analysekraft des Einzelbeitrages systematisch unterschätzend – soll noch einmal bei Lepsius' Eröffnungsvortrag ansetzen. Dort wurde die Kategorie der „Institutionalisierung“ in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. In ihr wird, weitaus deutlicher als im Begriff der „Institution“, die historische Dimension mitgedacht, ohne deren Berücksichtigung man die Bedeutung und damit auch die Tragfähigkeit aktueller Umbildungsprozesse schwerlich einschätzen kann. Die historisch fundierte soziologische Perspektive muß notwendigerweise die eigene Standortgebundenheit jeder Analyse zum Ausdruck bringen. Dieser Vorgabe durch den Eröffnungsvortrag konnten jedoch viele Analyseversuche nicht oder nur kaum gerecht werden. Allgemein schien man eher der Vorstellung anzuhängen, man habe „Probleme des Übergangs postsozialistischer Staaten zu Marktwirtschaft und Demokratie“ zu untersuchen (so auch in der Einleitung des Programms zu lesen). Solch eine Rede vom „Übergang“ schreibt die Grundannahmen der klassischen Modernisierungstheorien fort, dabei eigengesetzliche und evolutionär wirkende Kräfte (vor allen Dingen: ökonomischer „Natur“) unterstellend, die die Entwicklung schon in Richtung Modernisierung „treiben“ werde. Die Idealtypen von „Marktwirtschaft“ und

„Demokratie“ werden hierbei – in unreflektierter Übernahme der seit Jahrzehnten gültigen Selbstbeschreibungen unserer Gesellschaften durch Politik- und Wirtschaftsexperten – als „real existierende Institutionen“ hypostasiert und die auftretenden Probleme als „Friktionen“, als „Anpassungsschwierigkeiten“ interpretiert.

An solchen Interpretationen historischer Konfliktlagen und Entwicklungsprozesse brechen die Differenzen zwischen den soziologischen Paradigmen wieder auf, deren Verschwinden wohl allein einer Nicht-Thematisierung, einer stillschweigenden „Waffenruhe“ in der Fachliteratur zu verdanken war. Was ist sozial „führend“, was dominiert die gesellschaftliche Entwicklung: Politik, Wirtschaft, Kultur? Nicht an der Proklamation, aber an den bearbeiteten Themen und den zugrundegelegten Annahmen sind diese unausgesprochenen Gegen-Sätze nach wie vor erkennbar. Wie etwa sind Veranstaltungsprogramme zum „Sozioökonomischen Wandel“ und zu „Europa-Bilder: Kulturtradition und Machtstrukturen“ zusammenzudenken? Die kulturelle Perspektive bricht nach wie vor die modernisierungstheoretisch geprägten Sichtweisen, die sich mal mehr, mal weniger stark an die systemischen und dabei lebensweltlich entleerten Analyseschemata von Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre anlehnen. Wie aber ist solchen Problemlagen zu begegnen, die zum Beispiel Ferenc Miszlivetz (Budapest) formulierte: „What is needed is not money, but a base for a real hope for the future.“ Die Anfangserfolge der liberalen Parteien, so analysierte Miszlivetz, gründeten in ihrem Versprechen, durch sie rasch zur Teilhabe an einem „starken“ West-Europa zu gelangen. Die Enttäuschung dieser Hoffnungen ließ die autoritären Strömungen wieder erstarken. Dies zeige: Alle Theorien, die einen Übergang zur Demokratie voraussagen, können sich als falsch erweisen. Es kann sein, daß Mittel- und Osteuropa eben Mittel- und Osteuropa bleibe. Der Liberalismus kann den Problemen der Länder dieser Region gegenüber als „nice ideology“ gelten: „nett“, aber nicht wegweisend. Was fehle, sei vor allem eine sozialpsychologische Atmosphäre, die eine Hoffnung auf eine baldige Besserung der Lebenslagen tragen kann. „Hoffnung“ – kann die Soziologie mit dieser „Kategorie“ überhaupt noch etwas anfangen? Oder ist dies ein Thema für hoffnungslos rückständige Romantiker, die im

Grunde nichts in den eisigen Gefilden kalter Analyse zu suchen haben? Wie wird jedoch eine von Hoffnung befreite Analyse dann mit solch starken und eben geschichtswirksamen Kräften fertig, die zur überaus raschen „Aufnahme“ der DDR in die BRD führten – war hier nicht gerade die Hoffnung der Menschen die entwicklungsbestimmende Kraft schlechthin, der sich die als so mächtig gedachten Institutionen – im Osten wie auch im Westen – nicht entgegenstellen konnten? Und sind es nicht enttäuschte Hoffnungen, die auf absehbare Zeit die neuen Konfliktlinien anlegen und damit eigen-sinnige Institutionalisierungen in Gang setzen? So manche der vorgeblich sozialwissenschaftlichen Analysen klingen, als seien sie aus den Verlautbarungen der Deutschen Bundesbank abgeschrieben. Kann die in den Wohlstandsjahrzehnten gediehene westliche Soziologie die anti-institutionalistischen Tendenzen angemessen verarbeiten, oder bleibt sie – für kategorial Sprengendes blind – dem institutionellen Bias der eigenen Epoche verhaftet? Facheigene Perspektiven wären in dem Fall sicherlich nicht zu erwarten.

Etwas unkonventionellere Zugangsweisen zur sozialen Wirklichkeit wurden in einer an Methodenvergleichen interessierten Ad hoc-Gruppe vorgestellt. Dort explizierten vier Referenten unterschiedlicher hermeneutischer Provenienz ihre Interpretationen zu dem Drama „Endspiel“ von Samuel Beckett aus dem Jahre 1956. Lohnt denn das Zuhören bei dem als „detailverliebt“ bekannten Hermeneuten für den Teilnehmer, der sich laut seinen Selbstbekundungen auf der Suche nach soziologischen Antworten auf Gegenwartsprobleme befand? Zugegeben: Nicht alles, was zum „Endspiel“ dargeboten wurde, konnte aus dieser Perspektive spannend erscheinen. Doch für einen Umstand, der auch in der gegenwärtigen Situation eine wichtige Rolle spielt, konnte vor allem die Sichtweise Hans-Georg Soeffners sensibilisieren. Die Menschen versuchen selber, Antworten auf ihre Zeit zu finden, gerade auch in den allerhärtesten Zeiten. Becketts Stück kann als Ausdruck einer Zeit gesehen werden, in der die Menschen sich ihrer Stellung in einer Welt vergewissern mußten, die Auschwitz möglich gemacht hatte. Es erscheint für das Bestehen künftiger Herausforderungen an die Beschreibungsleistungen in puncto Gesellschaft nicht unerheblich, inwieweit es der Soziologie gelingt, mit solchen Selbstvergewisserungen der Menschen glei-

chermaßen theoretisch angemessen wie methodisch kontrolliert umzugehen.

Achim Brosziewski

*

*Ost- und Ostmitteleuropa – altes Objekt
aber neuer Gegenstand?*

Wann immer in jüngster Zeit der Soziologie eine „gesellschaftswissenschaftliche Bescheidenheit“ (Ulrich Beck) angemahnt oder die ganze Wissenschaft sogar zynisch-vereinfachend als „Fehlprognosen-Lieferantin“ bezeichnet wird, hat dies mit dem überraschenden Ende der realsozialistischen Gesellschaften sowie dessen Folgen zu tun. Nicht verwunderlich ist dabei, daß die ehemalige Osteuropa- und speziell die DDR-Forschung in diesem Kontext besonders kritisch bedacht werden. Da sich um die tatsächlichen Resultate dieser Forschungen bisher kaum eine gründliche Diskussion entspannt, liegt der Schluß nahe, daß diese kritische Einschätzung vorbehaltlos akzeptiert wird. Dies ist jedoch schade, denn erst eine Auseinandersetzung könnte von dem Vorwurf „subjektiver Unterlassung“ entlasten und würde zeigen, wie sublim sich die Wechselbeziehungen von Wissenschaft und Politik im einzelnen gestalteten. Jürgen Kocka kommt zum Beispiel zu dem Schluß, daß nicht primär die von den realsozialistischen Staaten oft verwehrt Einsicht in die „statistische Wahrheit“ zu einer Überschätzung des Ostens beitrug, sondern maßgeblich die theoretischen und konzeptionellen Grundlagen der Osteuropa-Forschung das Blickfeld verengten. Überlegungen zum „Paradigmen-Wechsel“ der Osteuropa-Forschung im Kontext sich verändernder politischer Konstellationen (Ralf Rytlewski) bestätigen diese Einschätzung. Für eine solche Sichtweise spricht auch, daß frühere Analysen „mittlerer Reichweite“ heute durchaus noch einen Informationswert besitzen.

An diese zwei Sachverhalte – den geschichteten theoretischen Rahmen der Osteuropa-Forschung und das vorhandene, dringend benötigte Fachwissen – knüpft die seit 1990 bestehende Arbeitsgruppe der DGS „Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie“ (Leitung: Bálint Balla, Berlin) an.

Die Düsseldorfer Arbeitsgruppen-Beratung war nun schon das dritte Treffen dieser Gruppe, eine Bilanz ist also angemessen. Auch

zum jetzigen Zeitpunkt erscheint es nur möglich, eine politische Eingrenzung des Forschungsobjektes vorzunehmen; B. Balla spricht in diesem Kontext von der „Soziologie postkommunistischer Gesellschaften“. Gleichzeitig war die Düsseldorfer Arbeitstagung auf die Beantwortung der Frage gerichtet, wie diese Gesellschaften sich zu einem soziologischen Gegenstand etablieren können. Das historische und kulturelle Zwitterdasein der meisten ehemals sozialistischen Staaten – nicht Osten und nicht Westen zu sein – und die daraus folgende Einsicht, daß hier nicht nach westlichem Muster die politische, ökonomische und soziale Transformation einfach „gestaltet“ werden kann, stellte hierzu den Hintergrund dar. Diese methodologisch sehr produktive Annahme des „offenen Ausganges“ beinhaltet eine weite theoretische und empirische Öffnung des Gegenstandsbereiches der Ost- und Ostmitteleuropaforschung. So kam es zu einem vielfältigen Angebot von Gedanken und Untersuchungen, die jedoch – wie leider inzwischen fast immer während großer Kongresse – kaum in wechselseitigem Bezug diskutiert wurden.

Sehr informativ waren die Vorträge, welche genaueren Aufschluß darüber gaben, an welchen Punkten „westliche“ Vorstellungen der politischen und ökonomischen Modernisierung durch den Zusammenprall mit tradierten Prägungen nicht greifen. Helmut Fehr (Erlangen) sprach über ein Erlanger/Berliner Projekt, in dem die Rolle von politischen Parteien im Transformationsprozeß untersucht wird. Das Untersuchungsfeld sind die neuen Parteien in Polen und der ehemaligen CSFR. Aus den Interviews mit Akteuren der neuen Parteien wird ersichtlich, daß es nicht möglich ist, Parteiprogramme über die Aktivisten der Parteien von oben nach unten durchzustellen – auch wenn man dies nach der mehr als 40jährigen Geschichte des Sozialismus vielleicht erwartet hatte. In der Parteienlandschaft dieser Länder gruppieren sich Kräfte nach alten Personennilieus aus dem Widerstand, die zum Teil durch Ideale zusammengehalten werden, welche durchaus nicht unbedingt der jetzt definierten offiziellen Rolle dieser Partei entsprechen. Katrin Mattusch (Berlin) vertiefte diese Problemstellung, indem sie die Auswirkungen der „nachholenden Nationalstaatenbildung“ auf den Prozeß der osteuropäischen Modernisierung untersuchte. Am Beispiel der baltischen Staaten verglich sie die verschiedenen